

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 9/45. Jahrgang

September 2014

Schutzgebühr: 0,40 €

Karstadt:

Spekulanten sahen ab - Beschäftigte bezahlen

Vor vier Jahren wurde der schon mehrfach zahlungsunfähige Karstadt-Konzern von dem Spekulant N. Berggruen für 1 Euro „gekauft“ – mit dem Versprechen, die Warenhaus-Kette durch Investitionen zu sanieren. Die blieben aber aus, so daß der Konzern jetzt wieder vor der Pleite steht und von dem nächsten Spekulant E. Benko aus Österreich für 1 Euro „gekauft“ wurde. Auch er will „sanieren“ – auf dem Rücken der Beschäftigten. Ein großer Teil der 83 Filialen soll geschlossen werden.

Waren unter Berggruen bereits 8000 Arbeitsplätze „eingespart“ worden, so werden jetzt weitere der

noch 17000 Beschäftigten entlassen; für die meisten heißt das: nach einem Jahr Arbeitslosigkeit Hartz IV. Ihren Irrtum, daß Lohnverzicht Arbeitsplätze sichern könnte, müssen sie nun doppelt und dreifach bezahlen.

150 Millionen Euro haben die Beschäftigten in den letzten vier Jahren in „ihren“ Betrieb „investiert“ durch Verzicht auf Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie Tarifgehälterstopp -700 Millionen Euro in den letzten 10 Jahren insgesamt.

Noch sind die Pläne von Benko nicht im Einzelnen veröffentlicht; klar ist: es wird ein rigoroser Kahlschlag sein. Das Beispiel Karstadt zeigt einmal mehr die chaotische, brutale, den Gesetzen des Profits folgende Logik des Kapitalismus. Hier wird nicht nach den Bedürfnissen der Menschen geplant und gehandelt, sondern die Interessen der Kapitalisten über alles gestellt und ihnen freie Hand gelassen.

Die deutsche Wirtschaft schrumpft!! Was tun?!

Wir könnten vielleicht den Waffenexport etwas beleben...!



Und in Gießen?

Die Gießener Karstadt-Filiale mit noch gut 300 Beschäftigten wird zu den florierenden gezählt, auch wenn der Eindruck von Kunden ein anderer ist, nachdem hier immer mehr Sparten aus dem Sortiment genommen wurden.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Inhalt:

Sieg d. Barbarei/Waffenlieferung	S.2
SWG/Wohnbau/Sporthallen	S.3
10 Jahre Montagesdemo/Jugendamt	S.4
BRD-Wirtschaft/DGB-Aktion	S.5
NSU-Ausschuß/"Bali" gescheitert	S.6
1. Gießener MdB - ein Nazi/Leserbriefe	S.7
Termine	S.8

LaGa-Besucher: Wo sind sie geblieben?

700.000 Besucher – diese fest eingeplante Zahl wird nicht erreicht. Statt 4200 Besucher täglich kommen nur 3000 im Durchschnitt, das ergibt 500.000. Jetzt rudert Bgm. Weigel-Greilich zurück und redet von einem „sehr ambitionierten Ziel“, das nicht zu halten sei. Dieses „Ziel“ war aber Grundlage für die ganze Kalkulation und damit auch für den städtischen Zuschuß von 2,6 Mio. €. So viel müßte die Stadt, die überall spart, kürzt und deckelt, drauflegen, wenn der erwartete Besucherstrom gekommen wäre. Und Jetzt? G. Weigel-Greilich verbreitet (am 1.8.) Zweckoptimismus: dieser Betrag werde sich nicht erhöhen, weil Kosten gesenkt wurden - etwa durch die Schließung von Kassenhäuschen. Ein schlechter Witz. Am 23.8. verkündete OB Grabe-Bolz dagegen, daß im Haushalt bereits 3,2 Mio. € einbestellt seien. Stadtverordneter Janitzki vom Linken Bündnis rechnet dagegen mit einem Defizit von rund 6 Mio. €. Wer hofft, daß in fünf Wochen, wenn der Spuk vorbei ist, das Gelände der Wiesackau wieder für alle zugänglich ist, täuscht sich: noch lange bleibt der Zaun, bis alles wieder abgebaut ist – es kann Frühjahr werden.

Für Frieden und Sozialismus!



Ukraine, Gaza, Syrien, Irak... Siegt die Barbarei?

Sozialismus oder Barbarei – diese Alternative postulierte Rosa Luxemburg als am Ende des 1. Weltkrieges der Erfolg einer sozialistischen Revolution greifbar nahe erschien. Die Revolution siegte nur in dem Gebiet der späteren Sowjetunion und in der Mongolei, in weiten Teilen der Erde triumphierte die Barbarei – in Deutschland und anderen Ländern Europas der Faschismus, weltweit der Kolonialismus.

Nach dem 2. Weltkrieg entstand ein weltumspannendes System sozialistischer Länder. Die Barbarei konnte zwar nicht beseitigt, aber eingedämmt werden. Nach der Niederlage des Sozialismus vor 25 Jahren schreitet die Barbarei wieder voran. Der Kapitalismus will sich die ganze Welt unterwerfen, Länder die sich nicht unterordnen oder unliebsame Konkurrenten sind, werden destabilisiert und angegriffen. Die weltweiten Kriege der USA und der EU führen zu immer mehr gescheiterten Staaten in denen Verbrecher und Fanatiker die Bevölkerung terrorisieren und ausplündern können. Viele dieser Banden waren vorher mit Hilfe westlicher Länder gegründet worden um gegen unliebsame Regierungen zu kämpfen. In Staaten, die von der USA und der EU unterstützt werden, können extremistische Regierungen wüten wie sie wollen – ihre Schutzmächte und die

dortigen Massenmedien stehen ihnen bei.

Faschisten in der Ukraine

In der Ukraine herrscht ein Putsch-Regime, das von Faschisten und Ultranationalisten dominiert wird. Sie zeigen sich mit faschistischen Symbolen, grüßen sich mit faschistischen Gesten, verehren Nazis wie Josef Goebbels und deren einheimische Kollaborateure. Sie führen einen Ver-



nichtungskrieg gegen die russischsprachige Bevölkerung. Der Anführer des Putschregimes Jazenjuk nennt den bekämpften Teil der Bevölkerung Untermenschen, sein Innenminister plant, diese Untermenschen nach dem Sieg seiner bewaffneten Horden in Lager zu sperren. In einem regim-nahen Fernsehsender wird sogar die Tötung eines Drittels der Bevölkerung der Ostukraine propagiert.

Genozid in Gaza

Ähnliche Töne kann man auch aus

Israel hören. Während der Bombardierung Gazas wurde auf den israelischen Hügeln rundherum gefeiert und Explosionen und Brände bejubelt, in Spottliedern wurde der Tod der Kinder in Gaza besungen. Der stellvertretende Sprecher des Abgeordnetenhauses (Knesset) forderte die Deportation aller Bewohner Gazas, der Journalist Gordon konnte in der „Time of Israel“ über die Vorteile eines Genozids spekulieren. Unschuldige Opfer könnte es in Gaza nicht geben, jeder der dort wohnt sei ein legitimes Ziel.

Die Massenmedien lügen

Die Massenmedien wissen das alles, verschweigen es aber und verbreiten lieber Lügen und Beschwichtigungen. Trotz vieler in der Vergangenheit aufgedeckter Lügen, mit denen Kriege begründet wurden, funktioniert diese Methode bei viel zu vielen Menschen immer noch. Nur wer gegen den Kapitalismus gerichtete Zeitungen wie "junge Welt" und "Unsere Zeit" liest, ist besser informiert – in bescheidenem Maß trägt auch unser Gießener Echo zur Verbreitung der Wahrheit und zum Kampf gegen die Barbarei bei.

Gernot Linhart



(Fortsetzung von Seite 1)

Karstadt

den. Spätestens bei Wiedereröffnung der Kaufhof-Ruine im City-Center im nächsten Jahr wird das Monopoly-Spiel im Einzelhandel nicht nur für Karstadt sondern auch für die Galeria Neustädter Tor verschärft.

Für N. Bergruen war der Karstadt-Deal ein Millionengeschäft. Er hat nicht nur den Konzern, sondern auch den Markennamen „Karstadt“ gekauft und dafür Jahr für Jahr Lizenzgebühren einkassiert - knapp 40 Millionen Euro insgesamt. Erika Beltz

Druck auf Bundesregierung notwendig

Patrik Köbele, Parteivorsitzende der DKP, zur Debatte um die Lieferung deutscher Waffen in die Krisengebiete im Irak und Syrien:

Vom deutschen Imperialismus zu erwarten, daß er Waffen und Rüstungsgüter vorbehaltlos liefert, um Menschen zu helfen, die von Terrorgruppen, die der Imperialismus hochgezüchtet hat, bedroht werden, ist so unrealistisch wie daran zu glauben, daß die Bundeswehr im Ausland tätig wird, um als Friedensengel Waffen zu vernichten. - Man muß den Druck auf die Bundesregierung erhöhen, die Unterstützung der Türkei und der Emirate einzustellen, die den IS unterstützen. Man muß den Druck auf die Bundesregierung erhöhen, die Rechte der kurdischen Menschen anzuerkennen und die Verbote ihrer Organisationen aufzuheben. Man muß den Druck auf die Bundesregierung erhöhen, alle Auslandseinsätze der Bundeswehr zu beenden. Man muß den Druck auf die Bundesregierung erhöhen, die Militarisierung der Gesellschaft zu stoppen. Aber man darf keinesfalls beginnen, das Geschäft der deutschen Rüstungsindustrie unter der Flagge des Schutzes von Menschenleben zu unterstützen.

Stadtwerke Gießen – hohe Preise für mehr Gewinne

Die Stadtwerke Gießen (SWG) haben wieder einmal einen Jahresbericht vorgelegt. Die SWG AG hat einen Gewinn von 7,5 Mill. Euro erwirtschaftet, der SWG-Konzern, zu dem einige bundesweit tätige Tochterfirmen gehören, sogar 9,3 Millionen. 2,5 Millionen Euro wandern in die Stadtkasse, der Rest in die von Jahr zu Jahr wachsenden Rücklagen. Mit der SWG-Rechnung werden wir also auch gezwungen, einen Beitrag zur Sanierung der ruinösen Stadt-

kasse (LaGa!) zu leisten. Zweck der Stadtwerke sollte es sein, die Bürger zuverlässig und preiswert mit Strom, Gas und Wärme zu versorgen, aber nicht, einen möglichst hohen Gewinn daraus zu schlagen. Der Profit zeigt, daß es bei den Tarifen einen Spielraum nach unten gibt. Bei so hohen Gewinnen könnte sich die SWG auch einen anderen Umgang mit Menschen erlauben, die vorübergehend ihre Rechnung nicht zahlen können.

Sie werden mit Strom- und Gassperren bestraft, deren Aufhebung wiederum hohe Kosten verursacht und viele immer weiter in Schulden treibt. Selbst die Vereinbarung von Stundungen und Ratenzahlung verursacht Kosten gerade bei denen, die am wenigsten haben. Die Stadtwerke könnte es sich leisten, mit säumigen Zahlern darüber zu reden, wie sie ohne zusätzliche Kosten von ihren Schulden herunterkommen können. Gernot Linhart



Pflege liegt am Boden.

Die medizinische Versorgung, gerade auch die Pflege, liegt am Boden. Auf diesen Missstand weisen Beschäftigte des Uni-Klinikums jeden ersten Samstag im Seltersweg/Ecke Löwengasse hin. (11.55 bis 12.05 Uhr)

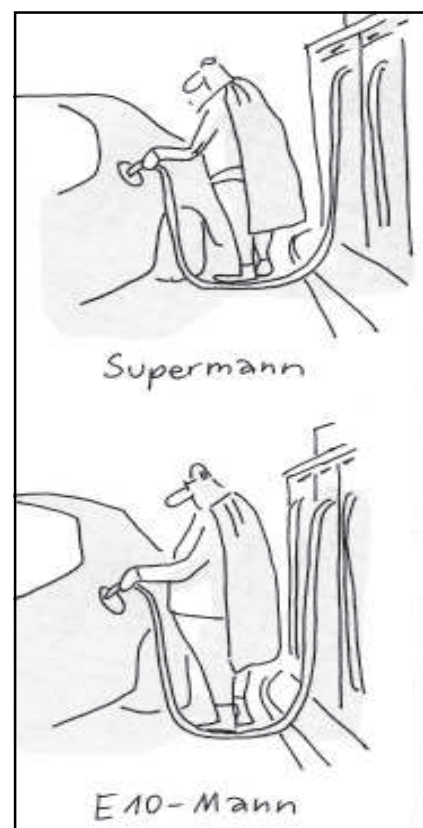
Sporthallen offen lassen

Der Sportbetrieb in den Hallen der Stadt und im Kreis Gießen liegt in den Sommerferien wie üblich lahm; die meisten Hallen sind in den Ferien geschlossen - wohl um Energie und Personalkosten zu sparen oder was auch immer der Grund für diese ärgerliche Situation ist. Da haben Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene in den Ferien endlich mehr Zeit sich sportlich zu betätigen und dann sind die Hallen zu. Das Beispiel Tischtennis sei erwähnt, der Start der Saison steht unmittelbar bevor, die ersten Wettkämpfe sind in wenigen Wochen, doch die Trainingsvorbereitung vieler Vereine leidet unter den geschlossenen Hallen. Die DKP Gießen fordert: Hallenöffnung gerade und vor allem in den Ferienzeiten, Kosteneinsparung darf nicht zu Lasten des Sportbetriebes durchgesetzt werden. H. R.

Wohnbau für Reiche

Auch der neue Wohnbau-Chef steht dem vorherigen in seiner Sanierungswut, die weit über das notwendige Maß hinausgeht, nicht nach: 16,5 Millionen Euro sollen in diesem Jahr hierfür ausgegeben werden. Allein 3,2 Millionen Euro kostet die Sanierung von insgesamt 38 Wohnungen in der Nordanlage 55 – 59 und Marburgerstr. 1. Danach wird kaum einer der bisherigen Mieter, die alle ausziehen mußten, die neue Miete noch bezahlen können. Noch ärger wurde mit den 59 Mietern im Herderweg 12/14 verfahren, die während der zehn Monate dauernden Sanierungszeit nicht ausziehen mußten. Ihnen werden zwei Monatsmieten erlassen, das sind gerade mal 20%. Bei dem Dreck und Lärm, der zeitweisen nicht Benutzbarkeit von Bad und Toilette hätten sie locker eine Mietminderung von 90% durchsetzen können.

Ihrer eigentlichen Aufgabe, für ausreichende Sozialwohnungen zu sorgen, wird die Wohnbau dagegen nicht gerecht. 1200 Menschen stehen auf der Warteliste. Die Wohnungsnot in Gießen hat sich erheblich verschärft. Auch die Stadt, die ihre Verantwortung für die Versorgung der Menschen mit ausreichenden und preisgünstigen Wohnraum „ausgesourct“ und an die Wohnbau abgegeben hat, tut nichts zur Entspannung der Wohnungssituation. Sie ist nicht mal bereit, Baugenehmigungen an entsprechende Bedingungen zu knüpfen – z.B. auf einem bestimmten Anteil von kleinen Wohnungen (die besonders rar sind), behindertengerechten oder einfach preiswerten zu bestehen. 1500 neue Wohnungen sollen in diesem Jahr entstehen – für wen auch immer; für Menschen mit geringem Einkommen wie Hartz-IV-Empfänger wird nicht gebaut. Michael Beltz



10 Jahre Montagsdemo gegen Hartz IV in Gießen

Vor genau zehn Jahren, im September 2004, begannen in Gießen – wie in anderen Städten auch, die Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV. Sie richteten sich gegen die „Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe“, das heißt gegen die faktische Abschaffung des Arbeitslosengeldes für Langzeitarbeitslose.

Am 1. Januar 2005 traten wieder alle Proteste die Gesetze in Kraft; leider haben auch die Gewerkschaften zugestimmt. Wer nun längere Zeit arbeitslos war, wurde mit einem Regelsatz abgespeist, der vollkommen unzureichend ist:

Hartz IV. Geld gab es aber nur, wenn der Lebenspartner zu wenig verdient, um den anderen mit ernähren zu können und nur wenn alle Ersparnisse bis auf ein lächerliches „Schonvermögen“ aufgebraucht waren. Zusätzlich wurden die Hartz-IV-Empfänger dazu verdonnert, für 1 Euro die Stunde jede „zumutbare“ Arbeit anzunehmen und jeder vom Job-Center angeordneten Maßnahme Folge zu leisten. Bei

Verstößen werden die Regelsätze rigoros gekürzt und ganz gestrichen – bis zum Verhungern. Begleitet wird diese Unmenschlichkeit durch ein ausgeklügeltes System der Bspitzelung, Diskriminierung und Unterdrückung, mit dem die Betroffenen psychisch und physisch kaputt ge-

Teilhabe am öffentlichen und kulturellen Leben ganz zu schweigen. Für Kinder ist der Betrag gestaffelt und beträgt für Babys bis zum fünften Jahr 229 Euro im Monat, das sind 7 Euro am Tag!

Die Montagsdemonstranten sind weniger geworden; aber noch immer treffen sich jeden Montag von 18 bis 19 Uhr Menschen bei den drei Schwätzern im Seltersweg. Ihre Forderung: Weg mit Hartz IV! Eine Arbeitslosenversicherung, finanziert zu gleichen Teilen von Unternehmern und Beschäftigten und Zahlung eines angemessenen Arbeitslosengeldes für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit! Da im



September 2004: Die ersten Demonstrationen gegen Hartz IV fanden noch auf dem Kirchenplatz statt, bald danach regelmäßig bei den 3 Schwätzern

macht werden und kaum noch in der Lage sind, sich gegen ihre miserablen Lebensbedingungen zu wehren. Bis heute.

Der monatliche Regelsatz beträgt derzeit 391 Euro bzw. 353 Euro für den Lebenspartner (plus „angemessener“ Miete). Es ist wissenschaftlich bewiesen, daß man sich damit nicht richtig ernähren kann, es bedeutet Mangelernährung, von einer

Kapitalismus die Menschen darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können, sollten die Unternehmer auch für die von ihnen verursachte Arbeitslosigkeit bezahlen. Aber da dieser Staat ein Staat der Unternehmer ist, wird im Gegenteil an einer „Reform“ von Hartz IV gearbeitet, die weitere Verschlechterung erwarten läßt – dazu demnächst mehr.

Erika Beltz

Kreis Gießen: Jugendamt als Notfallinstanz?!

Beim Landkreis Gießen mußten im vergangenen Jahr 68 Kinder in Obhut genommen werden. Zum Vergleich: 2012 waren es 43 und 2011 noch 34. Diese Zahlen werfen zumindest zwei notwendige Fragen auf:

1. Was sind nach Einschätzung der Fachleute vom Jugendamt die Hintergründe dieser dramatischen Steigerung? Schließlich ist die Herausnahme eines Kindes aus einer Familie, selbst wenn sie nur vorübergehend stattfindet, ein extrem heftiger Eingriff in das Leben der Kinder und auch der Eltern. Gibt es hier Verbindungen zu dem weiteren Verarmen großer Bevölkerungsteile durch Hartz IV? Kann die damit verbundene Arbeits- und Perspektivlosigkeit - mit den entsprechenden psychischen Folgen - zu

einer Gefährdung sogar gegenüber den eigenen Kindern werden? Notwendig ist, hier endlich Ursachenforschung zu betreiben und nicht nur das Jugendamt als Notfallinstanz wie eine Feuerwehr zu betreiben. Zur Aufgabe der Feuerwehr gehört übrigens längst schon die Prävention.

2. Wie verhält es sich mit der persönlichen Situation im Jugendamt? Diesen dramatischen Entwicklungen muß unbedingt mit angemessener Personaldecke begegnet werden. Wie zu hören ist, gibt es im Jugendamt des Landkreises Gießen angeblich eine hohe Fluktuation, neue Stellen werden nur befristet besetzt, und die tarifliche Eingruppierung scheint ebenfalls sehr unattraktiv zu sein. Um

der schwierigen Problematik als Jugendamt angemessener als bisher begegnen zu können und die Belastung der Beschäftigten im Jugendamt nicht weiter auszudehnen, ist eine personelle Aufstockung unbedingt notwendig.

Oder ist hier der Rettungsschirm einer qualifizierten Sozialpädagogik im Wege? H.R.

Auf der nächsten Sitzung des Stadtparlaments im Oktober wird Stv. Michael Beltz (DKP) für die Linksfraktion anfragen, wie hoch die Zahlen für die Stadt Gießen sind und wie der Magistrat damit umgeht.

Und auf der Titanic spielt die Musik

Wegen der Stille im Blätterwald hätte man seit Jahresbeginn annehmen können, dass mit der Wirtschaft in Deutschland alles zum besten bestellt wäre. Nun hat ein kleines Minus für große Ängste gesorgt. Die Wirtschaftsleistung ist gegenüber dem Vorquartal um 0,2 Prozentpunkte geschrumpft. Die Zeitungskommentatoren, die das Lied ihrer kapitalistischen Herren singen, wissen woran es liegt: Mindestlohn, Rentenleistungen, Pflegeausgaben, Energiewende, Frauenquote. Die Frankfurter Allgemeine mahnt: „Richtig wäre eine beherzte Kurskorrektur.“ Soll heißen: Eine „Agenda 2020“ muss her, wie sie schon Ex-Kanzler Schröder in Bild im März 2013 forderte, also weiterer Sozialabbau.

Schauen wir uns die heutige Krise der kapitalistischen Welt ein wenig genauer an. Der Kapitalismus ist seit seinem allgemeinen Triumph nach 1800 von Krisen begleitet. Die Produktion ist zu gewaltig im Vergleich zu den leeren Portemonnaies

der Konsumentenmasse. Daher muss von Zeit zu Zeit Produktivkraft vernichtet werden. Dann verrotten Produktionsmittel und Konsumgüter, Menschen werden außer Arbeit gesetzt. Aber seit dem ersten Weltkrieg befindet sich der Kapi-

talismus in seiner Alters- und Niedergangsphase, man sehe die Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933. Und nun kommt die Wirtschaft seit 2008 nicht mehr in Fahrt. Es herrscht dauernde Überakkumulation, d. h. das angehäuften Kapital findet nicht genügend profitable Anlagen. Der Überfluss an Kapital ist jetzt chronisch und global. Man wird entgegenhalten, dass der Kapitalismus nun schon lange trotz dieser innewohnenden Krankheit überlebt hat. Aber zu welchem Preis? Da ist vor allem der zweite Weltkrieg mit seinen Millionen Toten. Nach all den Zerstörungen setzte 1945 bis ca. 1974 eine ungewöhnlich lange Phase der Prosperität ein. Das war aber nicht der Normalfall im Kapitalismus, wie



man uns weismachen will, sondern die völlige Ausnahme. Seit Mitte der Siebzigerjahre leben wir nun auf Pump. Es verschulden sich die Unternehmen, die Privathaushalte und die Staaten. Und nun machen die Zentralbanken das Geld

Die Konsumtionsfähigkeit der Arbeiter ist teils durch die Gesetze des Arbeitslohns, teils dadurch beschränkt, dass sie (die Arbeiter) nur solange angewandt werden, als sie mit Profit für die Kapitalistenklasse angewandt werden können. Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde. (Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band.)

noch billiger – der Leitzins ist beinahe null – aber die Kapitalisten investieren nicht. Damit ist das Kapital so ziemlich am Ende seines Lateins. Die Notenbanken bieten fast kostenlosen Treibstoff an, doch der Wirtschaftsmotor springt nicht an. Es ist klar: Kapitalisten investieren nicht, weil Geld im Überfluss angeboten wird, auch nicht, weil Straßen und Schulen marode sind, sondern nur, wenn Profit winkt. Und an profitablen Anlagen fehlt es dem angehäuften Geld. Auch manchen Kapitalisten beschleicht da ein Unbehagen. Ein Banker aus Dallas befürchtet: „Wir segeln durch unbekannte Gewässer und wissen nicht, ob wir am Ende vom Globus fallen.“ Der Präsident des DIHK (Deutscher Industrie- und Handelskammertag) Eric Schweitzer sagt: „Es ist fast so wie auf der „Titanic“. Überall ist Party, aber niemand sieht die Gefahr des Eisbergs, der plötzlich auftauchen kann.“ Plötzlich? Na ja. Vor allem soll die Musik weiterspielen.

Klaus Mewes

„Brücke in den ersten Arbeitsmarkt“

Mit dieser symbolischen Benennung der funktionslosen und gesperrten Brücke über den Schwanenteich protestierte der DGB gegen die Leiharbeit. Denn über die Leiharbeit in den ersten Arbeitsmarkt zu kommen, ist genauso unmöglich wie über die verbarrikadierte Brücke ans andere Ufer, so DGB-Sekretär Ulf Immelt, (rechts). Klaus Zecher, Gießener DGB-Kreisvorsitzender (links), forderte gleiche Betahlung ab dem ersten Arbeitstag. Wenn die Brücke geöffnet wird, soll sie umbenannt werden in "Brücke gegen Hartz IV".



Thüringens NSU-Abschlußbericht: Verdacht gezielter Sabotage

Der Untersuchungsausschuß des Thüringer Landtages hat seinen Abschlußbericht zur Terrorgruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) vorgelegt. Beachtenswert an dem 1800 Seiten starken Papier ist, es unterscheidet sich – auch in den Sondervoten – in einigen zentralen Punkten von anderen Abschlußberichten. Dazu gehört, daß das Gedere vom Behördenwirwarrein Ende hat. Vielmehr kommen die Thüringer zu dem Schluß, »daß es dem Ausschuß nicht mehr vertretbar erscheint, hier nur von ›Pannen‹ oder ›Fehlern‹ zu sprechen«, was den »Verdacht gezielter Sabotage oder des bewußten Hintertreibens des Auffindens der Flüchtigen« nahelege. Nur folgerichtig wirft der Ausschuß den Verfassungsschutzämtern die »mittelbare Unterstützung« und »Begünstigung« neonazistischer Strukturen vor. Und was bislang gut gemeint war, aber tatsächlich Entlastungsfunktion hatte, ist ebenfalls angesprochen: Ohne die aktive Beteiligung und Zusammenarbeit von Staats-

anwaltschaften, Polizei und Innenministerium wäre das Ganze nicht erklärbar. »Wir hoffen auf eine baldige gerechte und konsequente, rechtsstaatsgemäße Verurteilung aller Täter und aller weiteren Personen, die auf verschiedene Weise wissentlich und willentlich zu den Taten des NSU



beigetragen oder sie schuldhaft ermöglicht und sich der Beihilfe, der Begünstigung und – womöglich – der Strafvereitelung schuldig gemacht haben.«

Wenn diese Versprechen das Papier wert sein sollen, auf dem sie stehen, dann läge es doch auf der Hand, den

längst überfälligen nächsten Schritt zu gehen: Wenn Behörden, Amtsleiter und Innenministerien nachweislich dazu beigetragen haben, daß die späteren NSU-Mitglieder abtauchen konnten, daß mögliche polizeiliche Festnahmen verhindert wurden, daß der NSU mit Hilfe und mit Wissen von V-Leuten und V-Mann-Führern bewaffnet, mit Blankoausweisen und Geld ausgestattet wurde, dann erfüllt das nach den Gesetzen dieser Bundesrepublik den dringenden Verdacht der Unterstützung bzw. Bildung einer terroristischen Vereinigung (Paragraph 129a).

Diese (Mit-)Täter und Unterstützer – das kann, ohne Geheimnisverrat zu begehen, gesagt werden – leben nicht im Untergrund, sie wären ganz leicht zu fassen...

Wolf Wetzel.

Referent in Gießen (s.S.8) und Autor des Buches »Der NSU-VS-Komplex. Wo beginnt der Nationalsozialistische Untergrund – wo hört der Staat auf?« Unrast Verlag (aus: junge Welt, 22.8.14))

Freihandel: Für den Profit der Reichen gehen sie über Leichen

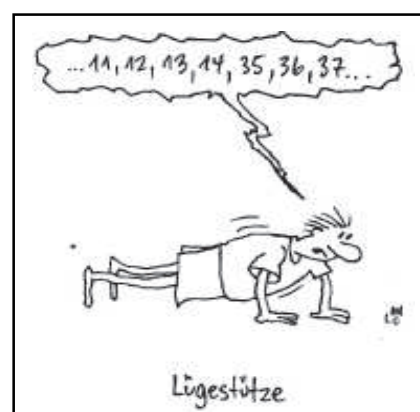
Weltweit wird zur Zeit über Freihandelsabkommen verhandelt. Sieht man sich genauer an, worum es bei den Abkommen geht, wird schnell klar, daß der Abbau von Zöllen und Handelsbeschränkungen nur eine untergeordnete Rolle spielt – es geht vielmehr darum, Globalen Konzernen unbeschränkte Handelsfreiheit zu gewähren.

Das umfassendste Abkommen wurde unter der Regie der Welthandelsorganisation WTO ausgehandelt. 170 Staaten waren beteiligt, nach dem

Verhandlungsort wurde es Bali-Abkommen genannt. Jetzt wurde es für gescheitert erklärt, weil Indien seine Zustimmung verweigerte. Dieses Land sollte dazu gezwungen werden, ab 2017 seine Lebensmittelhilfen für Arme einzustellen. Die indische Regierung kauft regelmäßig große Mengen Reis aus einheimischer Produktion auf und gibt ihn zu subventionierten Preisen an Bedürftige ab. Etwa 800 Millionen Menschen wird so eine tägliche Mahlzeit gesichert. Dieser Reis wird dem freien Markt und damit der Spekulation

und Preistreiberei entzogen – für Banken und Konzerne ein riesiges Ärgernis. Auch Kuba und Venezuela verweigerten ihre Zustimmung. Nicht nur 800 Millionen Inder können aufatmen, sondern alle Menschen, die gegen die Herrschaft der Banken und Konzerne kämpfen. So wie dieses Abkommen scheiterte, muß auch das Transatlantische Investitionsabkommen (TTIP) scheitern – der Widerstand dagegen muß noch breiter werden. Gernot Linhart

Die Tageszeitung
jungeWelt
drei Wochen
probelesen!
www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 0 30/53 63 55 50
Das Probeabo ist kostenlos und endet automatisch.



UZ unsere zeit
Kommunistische Wochenzeitung
Woche für Woche
Antikriegszeitung
Wochenzeitung der DKP
10 Wochen kostenlos testen
CompressVerlag, Hoffnungs-
Str. 18, 45127 Essen



Erster Bundestagsabgeordneter aus Gießen – ein Nazi

Der Gießener Anzeiger widmete am 14. August eine ganze Seite der ersten Bundestagswahl, die vor genau 65 Jahren stattfand.

Besonders hervorgehoben wurde der damalige Wahlsieg der FDP in Gießen, vor SPD, CDU und KPD. Ihr Kandidat Ludwig Schneider, Rechtsanwalt und Notar, kam als erster Gießener Abgeordneter nach Bonn. Eine große Anhängerschaft hatte er sich erworben, als er bei Entnazifizierungsverfahren viele Gießener Nazis vertrat und oft eine Einstufung als „Mittläufer“ erreichte. Wie sein eigenes Verfahren verlief, wurde nicht erwähnt.

Schneider war seit 1. Mai 1933 (!) Mitglied der NSDAP und damit zumindest ein sehr früher Mittläufer.

Vorsicht, nicht jede Spende für einen guten Zweck kommt so an, wie gedacht.

Oft finden im Seltersweg Infostände zu wichtigen Themen statt. Ob Unterstützung für Flüchtlinge, politische Gefangene, Hilfe für Kinder in aller Welt u.ä. Das Problem ist nur, dass die - meist auswärtigen - Studenten, die hier werben und Geld sammeln, dafür bezahlt werden (oft incl. Unterkunft und Verpflegung). Also: jede Spende geht erst einmal hierfür drauf.

Im August war eine Woche lang der InfoStand der UN-Flüchtlingshilfe auf dem Seltersweg - mit mehreren Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Sie waren nicht erfreut über das Foto.



Leserbriefe

Redaktionsschluß für Oktober-Echo: Mi., 24.09.2014

Helme zu Kochtöpfen

Beginn des 1. Weltkriegs vor 100 und des 2. Weltkrieges vor 75 Jahren durch den militärisch-industriellen Komplex!. Von einer Friedensdividende nach der antisozialistischen Konterrevolution in Europa ist nichts zu merken. Dies dokumentieren Auslandseinsätze der Bundeswehr“ (z. Zt. in 22 Staaten) und die gestiegenen Rüstungsexporte. Bei der Forderung nach Stopp oder zumindest Einschränkung dieser Ausfuhren wird häufig mit der Angst vor Arbeitsplatzverlusten gespielt - auch von bestimmten Gewerkschaftern und Betriebsräten. Verschwiegen wird, dass bei der Umstellung der Rüstungs- auf zivile (med., sozialökonomische und -ökologische) Produktion mehr Arbeitsplätze geschaffen werden können. Eine Rüstungskonversion ist nach einer Übergangsphase möglich und nötig. So wird z.B. bei einer Investition von 1 Milliarde \$ für die Rüstungsproduktion die Schaffung von nur 35.000 Arbeitsplätzen kalkuliert; für die zivile Sphäre 50.000 bis 80.000!

Uwe Moldenhauer

Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki

Vor 69 Jahren zerstörten zwei US-Atombomben die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki. Behalten wir die aktuelle Entwicklung im atomaren Wettrüsten im Auge. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hatte noch versprochen die Atombomben, die in Büchel in der Eifel lagern, abziehen zu lassen. Die SPD stimmte damals im Bundestag heftig zu. Jetzt genehmigt die CDU/CSU/SPD-Bundesregierung die Pläne der USA, ihre Atombomben weiter in der BRD zu stationieren und zu modernisieren. Modernisierung heißt: Größere Sprengkraft und größere Treffgenauigkeit! Für eine atomwaffenfreie Welt!

Falk Moldenhauer

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto: Nr.193070 Sparkasse Gießen, BLZ 51350025 bzw. IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv

Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Ich möchte:

das Gießener Echo abonnieren

das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:.....

Adresse:

e-mail:

1. September: Antikriegstag

100 Jahre: 1. Weltkrieg - 75 Jahre: 2. Weltkrieg

Kundgebung

am Samstag, dem 30. 8. um 11 Uhr, Seltersweg/Ecke Löwengasse

Dem Krieg keine Chance geben

mit: Christiane Finking, Klaus Zecher (DGB), Burkhard Staudé (IPPNW)
u.a. Verantst.: Friedensnetzwerk Gießen

Montag, 1. September, Dachsaal des DGB-Hauses:

Veranstaltung zum Antikriegstag

Der Nationalsozialistische Untergrund

Tote Spitzel, verschwundene Beweise und das Märchen vom staatlichen Versagen. Referent:

Wolf Wetzel

Autor des Buches: Der NSU-VS-Komplex: Wo beginnt der Nationalsozialistische Untergrund - wo hört der Staat auf?, Münster, Unrast Verlag 2013

Dienstag, 9. September, 20 Uhr, Vortragsraum d. Kongreßhalle
Eine Veranstaltung der VVN-BdA u.a.

Wetzlar

Karl Kraus: „Die letzten Tage der Menschheit“

Zur Erinnerung an den Beginn des 1. Weltkrieges, Szenen aus dem Gesamtwerk von Karl Kraus - dargeboten als Solostück von dem Schauspieler

Erich Schaffner

Freitag, 12. Sept., Kulturzentrum FRANZIS, (Franziskanerstr. 4-6)
außerdem: Redebeiträge der Veranstalter und Infotische zur Geschichte des Friedenskampfes im heimischen Raum

Beginn: 19:30 Uhr, Einlass ab 19 Uhr, Eintritt 5.- Euro, (ermäßigt: 3.- Euro)

Veranstalter: DKP, Linke, Wetzlarer Friedenstreff

100 Jahr nach Beginn des 1. Weltkrieges

Studienfahrt nach Verdun 20./21. September 2014

Abfahrt: Samstag, 20. 9., 8 Uhr am alten Schlachthof in der Schlachthofstr.
Rückankunft in Gießen: Sonntag, 21. 9., ca. 20 Uhr. Studienfahrt zu den Schlachtfeldern des 1. Weltkrieges in einem bequemen Reisebus (u. a. mit Toilette). **Teilnehmerkosten** für Fahrt, Eintrittspreise und Übernachtung im DZ: 80 Euro (im EZ: 95 Euro, ohne Übernachtung: 55 Euro). **Anmeldung** bis 15. September 2014 per E-Mail an: Stefan Walther1@gmx.net oder telefonisch an: Axel Brück 0641 31 156 oder 0162 2557096. bei gleichzeitiger Überweisung der Teilnehmerkosten auf das Konto von S. Walther bei der Sparkasse Gießen, Stichwort ‚Verdun‘: IBAN: DE 79513500250025147994 - BIC: SKGIDE5FXXX

Veranstalter: Linkes Bündnis Gießen

vormerken:

Ursachen der Eskalation in der Ukraine

Diskussionsveranstaltung der DKP

Mittwoch, 8. Oktober, 19.30 Uhr, Versailles-Zimmer der Kongreßhalle

Referent: Klaus Hartmann,

Vorsitzender des Deutschen Freidenkerverbandes

Die Gießener Akademische Gesellschaft lädt ein zur Tagung

Die Richter und ihre Denker

Strukturen in der Justiz und im Gutachterwesen

Samstag, 6. Sept., 11 bis 20 Uhr, Kunsthalle, Kongreßhalle Gießen

Referenten: **Angela Hoffmeyer, Prof. Dr. Georg Hörmann, Andrea Jacob, Franz-Jörg Krieg, Dr. habil. Werner Leitner, Thomas Sachsenbrecker.**

Eintritt: 35 € (inkl. Cateringservice)

Anmeldung bei der GAG (2009 von Prof. Dr. Aris Christidis gegründet):
info@GAGGmbH.de (bis 1.9.erbeten)

Widerstand gegen Hartz IV

montags 18 - 19 Uhr,
beiden 3 Schwätzern



news.dkp.de / dkp-giessen.de

WIR BRAUCHEN GELD!

Liebe Leserinnen und Leser,

wir bedanken uns herzlich für alle eingegangenen Spenden und bitten nochmals um Überweisung der Abo-Gebühren und um weitere Spenden. Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. Diese Bitte richtet sich auch an unsere On-line-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit. - Wir erinnern: Spenden an politische Parteien können von der Steuer abgesetzt werden. Das Finanzamt erstattet 50% des gespendeten Betrages.

Sparkasse Gießen, IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70,

Es grüßt mit herzlichem Dank
Die Echo-Redaktion